

Briefing zur Konferenz am 26. November 2004

›Der Wettbewerb der Sinnproduzenten – zum Kampf um die Deutungshoheit‹

Der inhaltliche Schwerpunkt des Panels liegt auf Deutung, Orientierung und Steuerung der Zukunftsgesellschaft. Globalisierung, Demographie, Technologie sowie veränderte Wertvorstellungen treiben einen schnellen und tiefgreifenden sozialen Wandel an, der ohne klares Zielbild bleibt. Eine überzeugende Interpretation des künftigen Gesellschaftsmodells fehlt. Deutung, Orientierung und Steuerung erfordern sicheres gesellschaftliches Wissen und geeignete soziale Regeln. Dies setzt den Glauben an die Richtigkeit des Wissens und die Legitimität der Regeln voraus. Das tradierte Wissen und die bestehenden gesellschaftlichen Regelsysteme geben heute keine ausreichenden Antworten mehr, wie mit der Geschwindigkeit des Wandels und den damit verbundenen Risiken und Konflikten richtig umzugehen ist.

Sozialer Wandel
ohne klares Zielbild

Technokratische Blindheit und politisch-bürokratisches Steuerungsversagen

Vor diesem Hintergrund ist die Wahrnehmung von Veränderungen und der Umgang mit ihnen so wenig gelassen wie selten zuvor. Noch in den 60er und 70er Jahren herrschte die Auffassung vor, dass mit Wissenschaft, Prognostik und Technologie alles machbar sei. Mit dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 ist das wissenschaftlich-technologische Paradigma der modernen Gesellschaft implodiert. Tschernobyl avancierte zum Symbol der Entmythologisierung einer von Wissenschaft und Technokratie beseelten Welt. Der 11. September hat den wissenschaftlichen Autoritätsverlust schließlich durch ein politisch-bürokratisches Steuerungsversagen ergänzt.

Autoritätsverluste
und Unsicherheiten

Die gesellschaftlichen und staatlichen Akteure haben die Risikoeinschätzung des Terrorismus nicht oder falsch wahrgenommen, so dass in der Folge weiterer Terrorattacken heute ein größeres Risikopotenzial in allen Bereichen bei gleichzeitigen Ohnmachts- und Angstgefühlen festzustellen ist.

Schwächen traditioneller Deutungs- und Sinnanbieter

Dabei versagen traditionelle Wegweisungen und Sinnangebote von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften oder charismatischen Persönlichkeiten in zunehmender Weise, die ehemals verlässliche Lagebeurteilungen, Schutz, spirituelle Lotsendienste oder soziale Leistungen in kritischen Situationen anzubieten wussten. In der Dekade nach dem Ost-West-Konflikt und der sich beschleunigenden Globalisierung entstand eine Fülle von gesellschaftlichen Deutungsversuchen. Sie kreisten erstens um die Frage einer angepassten Verbindung von Mensch, Gesellschaft, Markt und Staat. Sie suchten zweitens Antworten auf die Frage nach der Legitimation gesellschaftlicher Regularien. Und sie formulierten drittens erste konzeptionelle Antworten auf die Herausforderungen des sozialen Wandels. So entstanden etwa:

Unüberschaubare Fülle
von Deutungsversuchen

- das Bild von der Bürgergesellschaft, in der staatliche Defizite durch bürgerschaftliches Engagement kompensiert werden soll;
- die Vision der Verantwortungsgesellschaft, in der jeder mehr persönliche Verantwortung gegenüber sich selbst und soziale Verantwortung gegenüber anderen übernehmen müsse;
- das Konzept der Wissensgesellschaft, in der die volle Ausschöpfung intellektueller Kapazitäten als Grundlage eines stabilen sozialen Zusammenhalts angesehen wird.

Aus diesen Deutungen ging keine als herausragend und überzeugend zu bezeichnende Antwort auf die Frage nach prägnanter Orientierung und legitimierter Steuerung hervor. Vielmehr reicherten sich die Interpretationsversuche im Zeitverlauf durch weitere Deutungsangebote an. Eine Pluralisierung vagabundierender Deutungen des gegenwärtigen und zukünftigen Miteinanders klärt die Lage aber nicht auf. Sie erzeugt keine Orientierung und wird durch das leise Verschwinden der Politik in ihrer strategischen Dimension auch noch verstärkt. Ein Vakuum der persönlichen wie gesellschaftlichen Selbstvergewisserung erfüllt nach wie vor den sozialen Raum.

Vakuum der
Selbstvergewisserung

Intellektuelles Ringen um strategische Interpretationsordnungen

Das ist die kulturelle Herausforderung der Zukunftsgesellschaft. Die materiellen Existenzunsicherheiten und die Verwirrung der geistigen Verortung werden in ihrer Verstrickung zur Gefahr. Werden derzeit die konkreten Deformationen des westlichen Gesellschaftsmodells heftig debattiert, so wird das intellektuelle Ringen um strategische Interpretationsordnungen wenig wahrgenommen. Eine neue Topographie des Denkens entsteht, die im schlimmsten Fall in einen aggressiven Wettlauf um die Deutungshoheit gesellschaftlicher Realitäten eskalieren kann. Denkt man an den historischen Konflikt zwischen Kapitalismus und Marxismus-Leninismus, der ein Produkt der sozialen Frage im 19. und 20. Jahrhundert war, steht somit die fundamentale Ausrichtung unserer Gesellschaft zur Disposition.

Wettlauf um die
Deutungshoheit

Briefing zur Konferenz am 26. November 2004

›Transnationale Risiko- und Technologiegesellschaft versus ökonomischer lokaler Patriotismus‹

Der inhaltliche Schwerpunkt des Panels liegt auf den sozio-ökonomischen Anpassungsprozessen, die in einer durch Globalität und Risiken gekennzeichneten Welt notwendig werden. Die territoriale Bindung der Wirtschaft ist in der transnationalen Technologiegesellschaft obsolet und wird selbst für mittelständische Unternehmen durch die Vorgaben globaler Märkte abgelöst. Dienstleistungen, Informationen, Unternehmen, Know-How, Vermögenswerte und Mitgliedschaften werden ohne nationale Vorbehalte über die Staatsgrenzen hinweg gehandelt. Für Verfechter der uneingeschränkten Globalisierung hat sich seit den 1990er Jahren ein klarer Paradigmenwechsel vollzogen: So ergeben sich Wohlstand und soziale Stabilität nicht durch nationale Vorgaben der Volkswirtschaft. Beides entsteht vielmehr durch das freie Spiel der Marktkräfte, durch komparative Vorteile im Handel und durch das damit induzierte Wachstum der Weltwirtschaft. Als notwendige Voraussetzung dafür werden weit reichende Deregulierungen und Liberalisierungen angesehen. Im Kern ist dies das Credo des Neoliberalismus, der gesellschaftlichen Wohlstand über freien Wettbewerb zu generieren sucht.

Territoriale Bindung
der Ökonomien obsolet

Wohlstandseffekte durch Handel und Wirtschaftswachstum...

Angesichts eratischer Schwankungen der Weltwirtschaft und erkennbarer Fragmentierungen der Globalisierung weht diesem Credo ein immer schärferer Wind entgegen. Während die Welthandelsströme in den 1990er Jahren noch jährlich um knapp sieben Prozent anstiegen, so wuchs der Welthandel seit 2001 um sehr viel geringere Werte. Gleichzeitig ist das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern zu gering, um nachhaltige Beschäftigungseffekte auszulösen. Parallel dazu verlagern Konzerne einen Großteil ihrer Arbeitsplätze ins produktionsgünstigere Ausland. Immer mehr Menschen in den führenden Industrienationen fürchten um ihre Jobs. Es machen sich Unsicherheit und Existenzängste breit. Im Kampf um mehr Arbeitsplätze werden Rufe nach Protektionismus immer lauter; schließlich halten viele den inländischen Arbeitsmarkt von Industrieländern für den Verlierer.

...aber zunehmende Zweifel am neoliberalen Credo vom Segen der Globalisierung

Dies führt zur Renaissance von protektionistischem Gedankengut, vertreten von amerikanischen Handelsprotektionisten bis hin zu Politikern in Europa. Es suggeriert eine Rückkehr zum Nationalismus, den möglichen Ausstieg aus der Globalisierung und favorisiert den nationalen Standort aus sozialpolitischer Fürsorgepflicht. Auch Gerhard Schröders Regierungssprecher bezichtigte jüngst Georg Brauns Appell für mehr Internationalisierung als ›unpatriotischen Akt.‹ Schließlich bedeute Outsourcing den Verlust von heimischen Arbeitsplätzen. Als Erfolg verbuchte die französische Regierung die Übernahme des Pharmagiganten Aventis durch den Pariser Konzern

Globalisierung führt zur
Forderung nach Patriotismus

Sanofi; freilich bedurfte es hierbei staatlicher Einflussnahme. Nicht jeder Konkurrent aus dem Ausland, so die protektionistische Melodie, sollte freien Zugang zum heimischen Markt haben und über kurz oder lang die Anzahl der heimischen Arbeitsplätze reduzieren. Fazit: Der moderne Staat ist zwar im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Handlungsspielräume geschwächt, gleichzeitig aber versucht, im Hinblick auf seine eigenen nationalstaatlichen oder mit Rücksicht auf parteipolitischen Interessen protektionistische Politik zu betreiben.

Internationale Gewinnmaximierung stößt auf nationale Kritik

Die Handlungsansätze der Regierungen, die sich auf dem Spektrum der diametral entgegengesetzten Philosophien von Globalisierung und ökonomisch besetzten Patriotismus bewegen, sind widersprüchlich und bergen großes Reibungspotential für die Gesellschaft: So stehen die Gewinnmaxime der Unternehmen und die Notwendigkeit von internationaler Arbeitsteilung, gesteigertem Wettbewerb und sinnvoller Regulierungspraktiken in einem direkten Spannungsverhältnis zu protektionistischem Handeln, das sich im Rahmen einer krampfhaften ›Glokalisierung‹ der Ökonomie um die Erhaltung von Standorten und Strukturen im eigenen Lande müht.

National inspirierte Standortdebatte

Eine neue, national belastete Standortdebatte beginnt, die von Anfang an mit einem Dilemma belastet ist: Freihandel und Wettbewerb können prinzipiell durch Protektionismus verhindert werden. Dies führt zu Wohlstandsverlusten, die kein Land hinzunehmen bereit sein kann. Doch Liberalisierung und Deregulierung und der Wegfall nationaler Protektion gefährdet den Standort durch Auslagerungen und erhöhte Konkurrenz. Auch dies bedeutet im Ergebnis Wohlstandsverluste und soziale Stagnation. Vor diesem Hintergrund existieren derzeit keine innovativen politischen Konzepte, wie dieses Dilemma im Zeitalter des internationalen Wettbewerbs aufzulösen ist. Politik und Staat suchen es durch patriotisch gefärbte Rhetorik zu lösen und den Standort durch die partielle Sicherung einzelner industrieller Kerne zu stabilisieren. Doch ein strategischer Ansatz zur ›Glokalisierung‹ der Ökonomie fehlt. Uns geht es in diesem Panel darum, mögliche politische Handlungsansätze zu diskutieren, wie die Wirkungsmächte der Globalisierung mit sinnvollen Instrumenten zur Wahrung von ökonomischer Prosperität am eigenen Standort zu verbinden sind.

Dilemma von Protektion
und Liberalisierung

Briefing zur Konferenz am 26. November 2004

›Mobile Weltgesellschaft und Standortfragen – das leise Verschwinden der Politik‹

Der inhaltliche Schwerpunkt des Panels liegt auf dem Spannungsfeld von hoher Mobilität und Flexibilität einerseits und dem politisch erforderlichen Bemühen, sozio-ökonomische Kontinuität an einzelnen Standorten zugunsten sozialer Kohäsion beizubehalten. Ökonomische Standorte sind eine Chiffre für die Attraktivität des Produzierens, der Arbeit, des Konsums und des sozialen Miteinanders an einem räumlich nachhaltig fixierbaren Ort. Hierbei geht es nicht nur um Faktor- und Nachfragebedingungen, um Firmenstrategien oder industrielle Clusterbildungen, sondern auch um staatlich und gesellschaftlich legitimierte Umgebungen und zwischenmenschliche Atmosphären. Sozio-ökonomische Kontinuität unterliegt so im weitesten Sinne einem gesellschaftlichen Umfeld, das Transparenz, Kalkulierbarkeit und existenzielle Perspektiven für Unternehmen, Individuen und gesellschaftliche Steuerungsinstanzen sicherzustellen hat. Der simple Ökonomismus des Neoliberalismus greift hier in vielerlei Hinsicht zu kurz. Der hohe Anpassungsdruck der Globalisierung erfordert in hohem Maße geeignete soziale und politische Organisations- und Handlungsformen, die dem ökonomischen Druck standhalten und ihn im günstigsten Fall in eine konstruktive Stoßrichtung überführen können. Was hier am meisten zählt: Jede sozio-ökonomische Architektur verlangt nach einer kraftvoll aufgestellten Legitimation, die die Grundlage von Vertrauen, Akzeptanz und Tatendrang von Menschen ist.

Ein strategischer Ansatz zum komplexen Verständnis der Kombination von ›harten‹ und ›weichen‹ Standortfaktoren und überzeugende sozio-ökonomische Innovationen zur Kompensation von Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen existieren in Gesellschaft und Politik nicht. Vielmehr herrscht eine elementare Unsicherheit im Hinblick auf das politische Selbstverständnis in der mobilen Weltgesellschaft. Spektakuläre standortpolitische Einzelaktionen etwa in der französischen Pharmaindustrie sind eher industriepolitisch motiviert und verdecken den Blick auf ein sozio-ökonomisches Vakuum, das sich durch das Fehlen klarer strategischer Gestaltungsperspektiven bei den Parteien, der Bürokratien, den Regierungsapparaten, den Tarifparteien aber auch bei gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen ergibt. Während allenthalben Rückzüge der Politik zu verzeichnen sind, geht es in diesem Panel darum, über die notwendigen Innovationen politischer und gesellschaftlicher Akteure nachzudenken, und darüber, was sie zukünftig zu erfolgreichen ‚Machern‘ für eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial attraktive Standortpolitik in Zeiten der Globalisierung macht.